



NIEDERSACHSEN vorwärts

JULI/AUGUST 2011 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

die Nachfrage steigt seit 40 Jahren stetig an: Immer mehr Eltern in Niedersachsen wollen ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken. Das ist ein Erfolg für engagierte Pädagoginnen und Pädagogen, für die Schulträger und nicht zuletzt für die SPD. Wir sind unserer Überzeugung treu geblieben, dass es der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gut tut, wenn sie lange gemeinsam lernen – voneinander und miteinander.

Die CDU weigert sich beharrlich, diese Wahrheit anzuerkennen und wehrt sich mit vielen Mitteln gegen den Elternwillen, noch viel mehr Gesamtschulen – vor allem Integrierte Gesamtschulen – im Land zu eröffnen. Das neueste Mittel im Abwehrkampf sind die Oberschulen. Diese sollen durch gezielte Besserstellung den Integrierten Gesamtschulen das Wasser abgraben, zukünftig auch bundesweit. Das sieht ein Antrag für den CDU-Bundesparteitag vor.

Umso wichtiger ist es, dass wir uns auch in Zukunft mit allem nötigen Nachdruck für das Zwei-Wege-Modell mit Integrierten Gesamtschulen und den Gymnasien einsetzen. Am Besten deutschlandweit!

Euer

Olaf Lies
Landesvorsitzender

LERNEN OHNE ANGST

Vor 40 Jahren wurden in Niedersachsen die ersten Gesamtschulen gegründet.

Von Christoph Walther



**Gemeinsam ist besser
als getrennt – beim Lernen
profitieren Kinder und
Jugendliche voneinander.**

Foto: Shutterstock

Ende der 60er Jahre gab es in Niedersachsen wie in anderen Bundesländern grünes Licht für eine Schulform, die das bis dahin konkurrenzlose gegliederte Schulwesen allein durch ihre Existenz herausforderte, ja in Frage stellte: die Gesamtschule. – Ermöglicht wurde diese Alternative, weil eine »Bildungskatastrophe« – so der Soziologe Picht – drohte: Während Wirtschaft und Gesellschaft dringend auf eine Ausweitung höherer Bildung angewiesen waren, ermöglichte das Gymnasium nur einer in der Regel privilegierten Minderheit den Zugang zum Studium; Arbeiterkinder blieben ausgeschlossen. Bis dahin galt das nicht als Skandal. Jetzt aber war davon die Rede, Bildungsreserven müssten erschlossen werden.

Auch in Hannover ging es nicht mehr darum, ob eine Gesamtschule gegründet werden sollte – darin gab es zunächst einen weit reichenden Konsens -, sondern wo. Und es erstaunt nicht, dass die sozialdemokratisch regierte Stadt sich für den Standort Linden entschied – den Stadtteil, der am stärksten durch die Arbeiterschaft geprägt war und dessen Kinder folglich bis dahin am meisten benachteiligt und weitgehend auf der Stufe von »Volksschülern« geblieben waren.

Im Frühjahr 1971 fanden die Anmeldungen statt, und sie erbrachten ein Ergebnis,

mit dem weder Freunde noch Gegner der neuen Schulform gerechnet hatten: Eltern von 603 Kindern standen Schlange vor der noch lange nicht fertiggestellten Schule, um ihre Kinder anzumelden. Es war, als sei eine Schleuse geöffnet worden oder ein Damm gebrochen. Dabei gab es im ersten Jahrgang nur Platz für 180 Kinder in sechs Klassen. Es kam zu panikartigen Reaktionen betroffener Eltern. Unter dem Druck der Öffentlichkeit, besonders der Eltern, stießen Aufnahmeausschuss der Schule sowie Rat und Verwaltung der Stadt praktisch über Nacht ihre Planungen um und beschlossen, dass die IGS acht Parallelklassen statt sechs haben und 240 statt 180 Kinder aufnehmen sollte. Am 13. September 1971 war erster Schultag an der ersten Integrierten Gesamtschule Hannovers und – mit vier weiteren Gesamtschulen – Niedersachsens.

Woran liegt das – diese Nachfrage und Beliebtheit bei vielen Men- schen von Anfang an und bis heute?

Aus meiner Sicht sind es zwei Merkmale, die die Anziehungskraft von Gesamtschulen ausmachen: Zum Einen ist in ihren Kollegien nach wie vor der Impuls lebendig, aus dem heraus sie gegründet worden sind: dass Schule sich nicht damit

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)



Christoph Walther,
Schulleiter der IGS Linden und
Sprecher der Integrierten
Gesamtschulen Hannovers

Fortsetzung von Seite 1

begnügen darf, das gesellschaftliche Gefüge von sozialen Privilegien einerseits, sozialer Benachteiligung andererseits nur abzubilden und zu reproduzieren, sondern dass sie eine emanzipatorische Aufgabe hat: mehr Chancengleichheit und mehr Bildungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Die IGSen werden nicht aufhören daran zu arbeiten, wirkliche Gesamtschulen zu werden, um allen Kindern Lernwege zu eröffnen und Angebote zu machen – kein Kind braucht ausgeschlossen zu werden oder verloren zu gehen. Deshalb wird die IGS Linden – erste Preisträgerin des »Jakob-Muth-Preises für inklusive Schulen« im Jahr 2009 – auch weiterhin zu den Pionierschulen gehören, die Inklusion pädagogisch vorantreiben und einige Räume mehr in der Einen Schule für Alle einrichten wollen, denn so sagt es schon Friedrich Schleiermacher, Pädagoge und Theologe des 19. Jahrhunderts: »es wäre frevelhaft, die Erziehung so anzuordnen, dass die Ungleichheit absichtlich und gewaltsam festgehalten wird auf dem Punkt, auf welchem sie steht.«

Ein Zweites erklärt aus meiner Sicht die ungebrochene Anziehungskraft von Gesamtschulen: Wir Lehre-

rinnen und Lehrer an Gesamtschulen legen den größten Wert darauf, dass unsere Schülerinnen und Schüler gern zur Schule gehen. Wir bemühen uns um ein Lernklima, das möglichst wenig durch Zeitdruck, Notendruck und den Kampf mit einer Überfülle von Stoff bestimmt wird; das tun wir seit 40 Jahren, deshalb gibt es in der Sek.I kein Sitzenbleiben, Lernentwicklungsberichte statt Noten und Zensuren bis Klasse 8; deshalb hieß der erste Bestseller über Gesamtschulen Anfang der 80er, ein Fischer-Taschenbuch, »Lernen ohne Angst« und seine Autoren waren Lehrer der IGS Linden, das Vorwort schrieb Oskar Negt. Und weil wir seit 40 Jahren mit dem Lernen ohne Angst gute Erfahrungen haben, gibt es ein großes Zutrauen von uns IGS-Lehrerinnen und -lehrern in das Entwicklungspotential unserer Schülerinnen und Schüler.

Schulen nicht als Lernfabriken betreiben

Wir lassen ihnen Zeit, bieten ihnen Lernformen an, bei denen sie die Bedeutung von Themen entdecken können und die

Gelegenheit haben, in Projekten zu lernen oder künstlerisch zu produzieren oder sich politisch zu engagieren.

Ja, das kostet Zeit. Aber es ist erfüllte Zeit und wir vermeiden so das Missverständnis, dass Schule als Lernfabrik betrieben werden muss, damit Schülerinnen und Schüler auf reglementierten Wegen Bildung erwerben und Leistung erbringen. Eine allzu sorgfältige Erziehung dieser Art, so bemerkte schon unser niedersächsischer Aufklärungsphilosoph Lichtenberg, bringt allzu oft nur »Zwergobst« hervor. Viel eher sind wir der Meinung, dass wahre Bildung, zu der auch die Bereitschaft zur intensiven Anstrengung bei lohnenden Zielen gehört, am besten in einer Schule gedeiht, die sich als »fröhliches Haus« versteht. So nannte schon Vittorino da Feltre, ein Humanist und Erzieher der Renaissance im 15. Jh., die von ihm gegründete Schule. In einem fröhlichen Haus machen Lehrer und Schüler gemeinsame Sache, auch wenn sie wie an der IGS Linden aus 38 Nationen kommen, indem sie neugierig spannende Fragen aufwerfen und auf Lösungen hinarbeiten. Wir werden uns Mühe geben, auch in den nächsten 40 Jahren ein »fröhliches Haus« zu sein. ■



Kurt-Peter Christophersen
ist ein erfahrener Schreiber
und Niedersachsen-
Kenner. Er wirft regelmäßig
einen satirischen Blick
auf die Landespolitik.

Es gibt wenig, was der gemeine Journalist mehr fürchtet als das Sommerloch. Es entsteht, wenn der gemeine Politiker sich seine Sommerpause nimmt. Da, wo in der übrigen Zeit eine Pressemitteilung die nächste Pressekonferenz jagt; wo Debatten über Erdverkabelung, Schnäbel-Abschneiden bei Legehennen, Kastrationen von Schweinen, Vergraben von Atommüll oder über einen Klosterkammer-Präsidenten toben, da klappt in den Sommerferien ein Loch. Es gibt nur zwei Möglichkeiten für den Journalisten, nicht hineinzufallen: Entweder er geht selbst in den Sommerurlaub, oder er berichtet über Politiker im Sommerurlaub.

Wir werden also wie alle Jahre wieder über Presse und Rundfunk erfahren, wovon der politische Geschäft sich von den Strapazen des Regierens und Opponierens erholt. Den biedereren Typen zieht es nach Cuxhaven an die Nordsee, der und die Anspruchslose wandert durch den Harz, der und die Abenteuerlustige fliegt nach Mallorca, der und die Kulturbeflissene begibt sich auf eine Rundtour durch die bunte Vielfalt der Heimatmuseen.

Zurück bleiben die politischen Stallwachen, die in den Hauptstädten die Schreibtische umlungern. Einige von ihnen nutzen die Abwesenheit der Platzhirsche und Platzkühe, um ein wildes Sommertheater zu veranstalten. Mangels Alternativen halten die zurück gebliebenen Journalisten ihnen Kameras, Mikrofone und Notizblöcke bereitwillig hin. So gelangen abstruse Vorschläge in die Öffentlichkeit. Etwa ein Ausgehverbot ab 21 Uhr für Jugendliche, oder die Deo-Pflicht für Arbeitnehmer an heißen Tagen, oder Mallorca für 50 Milliarden Euro von Spanien zu kaufen und Palma in Palmhausen umzutauften.

Aber es gibt im Sommer natürlich noch andere Themen, die im Winter keinen Menschen interessierten. Zum Beispiel die Sommerurlauber, die sich tausende Kilometer über Autobahnen quälen und vor lauter Stress Kinder, Ehefrauen und Hunde auf den Raststätten vergessen. Es geht immer um vergessene Frauen, Kinder und Hunde, nie um zurück gelassene Ehemänner. Denn die sitzen bei langen Autobahn-Exkursionen grund-

sätzlich am Steuer und lassen uns Verrecken keine Frau auf den Fahrersitz, ist ja auch ein Fahrer- und kein Fahrerinnen-Sitz.

In diesem Sommer bleiben sicher auch wieder das eine oder andere Kind samt Mutter auf der Autobahn-Strecke, aber wahrscheinlich kein niedersächsischer Hund. Denn es ab Juli gilt das neue NHundG, wie der Jurist sagt. Entgegen dem Wortlaut »Niedersächsisches Hundegesetz« verlangt es weniger vom Hund als viel mehr von seinem Besitzer und Führer. Frauchen und Herrchen müssen ihren Liebling mit einem Chip versehen, ihn versichern und innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Hundeführerschein machen.

Ab Juli 2013 ist er Pflicht. Es ist aber nicht ratsam, mit der Prüfung bis dahin zu warten. Denn den Hundeführerschein gibt es nur gegen tiefes Wissen. Wer künftig mit seinem Hund durch Niedersachsens weite Lande spazieren will, muss zum Beispiel Kenntnisse über den Tierschutz haben (das haben ja noch nicht mal Profi-Geflügelzüchter), er muss sich mit Sozialverhalten und Rasse seines Hundes auskennen, Gefahrensituationen erkennen, Rechtsvorschriften im Kopf haben und den Hund erziehen und ausbilden können. Die nächsten Sommerurlaube sind jedenfalls für Hundehalter tabu. Sie müssen mindestens zwei Jahre lang pauken, um die Prüfung zu bestehen.

Eine Fluglizenz ist leichter zu bekommen, was nicht verwunderlich ist. Denn der Hundeführerschein ermächtigt seinen Inhaber, den Hund auch Menschen ohne Lizenz anzuvertrauen. So darf Opa seinen Bello mit dem unbedarften Enkel an der Leine laufen lassen. Verfügt Opa dagegen über einen Pilotenschein und ein Flugzeug, darf sein Enkel nicht einfach losfliegen, mit dem Hinweis »Opa hat den Schein«. Also, so ein Hundeführerschein ist schon was Besonderes.

Allerdings ist sowohl in der Luft als auch auf dem Lande Vorsicht geboten: Wenn ein Mensch mit Hund einem anderen Menschen ohne Hund auf dem Spazierweg zuruft: »Er will nicht spielen, er will nur beißen«, dann handelt es sich um den Enkel ohne Lizenz zum Hundehalten. ■

Kurt-Peter Christophersen

GERD GIBT GAS

Altbundeskanzler Gerhard Schröder spricht auf dem Pfingsttreffen der SPD-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen. Holger Ortel kündigt seinen Rückzug als Vorsitzender an.

Von Irmela Körner und Lars Wegener

Rund 200 Gäste aus Verbänden, Wirtschaft und Medien begrüßten die SPD-Landesgruppe Niedersachsen/Bremen zum fünften Pfingsttreffen Anfang Juni in der Landesvertretung Bremen.

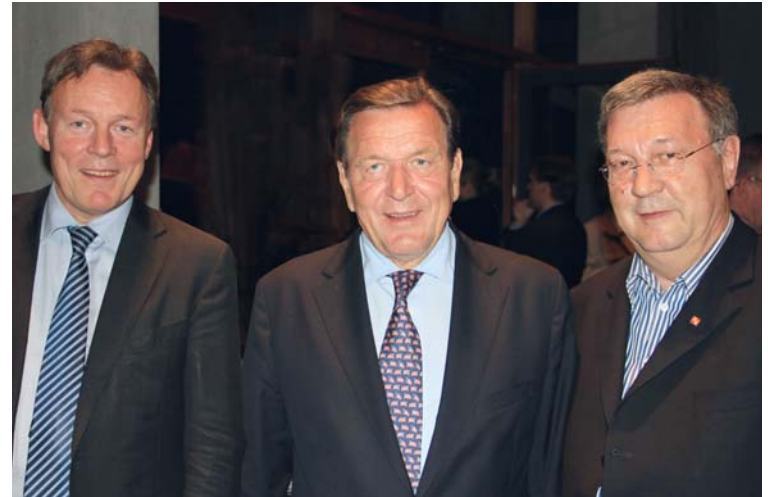
Holger Ortel, Vorsitzender der Landesgruppen, sorgte mit einer »mehrsprachigen« Begrüßungsrede – mit Passagen auf Platt – für eine ungezwungene Atmosphäre, die den Abend prägte. Der Delmenhorster Bundestagsabgeordnete kündigte an, im Herbst nicht mehr für den Vorsitz der Landesgruppe zu kandidieren. »Genosse Wiederwahl tritt nicht wieder an«, erklärte Ortel, der 10 Jahre Vorsitzender der Landesgruppe war. »Der Kapitän verlässt die Brücke, aber er geht nicht von Bord«.

Der Festredner des Abends, Altbundeskanzler Gerhard Schröder, war aus alter Verbundenheit zur Landesgruppe Niedersachsen gerne der Einladung zum Pfingsttreffen gefolgt - und überzeugte mit einer Rede, gemischt aus politischen Seitenhieben gegen die schwarz-gelbe Regierung, humorvollen Bemerkungen und guten Ratschlägen an seine SPD. Er sprach über den Atomausstieg, die Griechenlandhilfen und die Lage seiner Par-

tei. In Hinblick auf die niedersächsische Landtagswahl Anfang 2013 sagte Schröder: »Ohne ökonomische Kompetenz sind Wahlen nicht zu gewinnen.«

Dass Union und FDP in der Frage des Atomausstiegs inzwischen voll auf den Pfad der Tugend eingeschwenkt seien freue ihn, spottete der bekennende Niedersachse. Deshalb riet er seinen Genossen, bei den vorliegenden Atomausstiegsgesetzen im Bundestag ein zweites Mal über die eigenen Pläne abzustimmen. Die Atomenergie, so Schröder, sei von Angela Merkel immer wieder als Brückentechnologie bezeichnet worden. Nun brauche es für den wegfallenden Atomstrom ebenfalls einen Ersatz als Brückentechnologie. »Und das ist Gas«, erklärte Schröder unter dem Gelächter der Zuhörer. Zur Auswahl stehe Nordafrika oder auch der Iran, allerdings nur mit begrenzten Möglichkeiten. Ebenfalls in Frage käme Russland, mit unbegrenzten Möglichkeiten.

Beim Stichwort Griechenlandhilfen ging der Bundeskanzler mit seiner Nachfolgerin hart ins Gericht. Sie habe durch ihre zögerliche Haltung alles verteuert. »Man kann ein Land auch ruinieren,



Altbundeskanzler Gerhard Schröder zusammen mit dem parlamentarischen Geschäftsführer Thomas Oppermann (l.) und Landesgruppenchef Holger Ortel.

indem man es überfordert«. Er riet zur Geduld, da Reformen bekanntermaßen erst nach Jahren wirkten. Als beredtes Beispiel nannte er die Agenda 2010, an der heute niemand mehr zweifle - »außer einige in der SPD«. Mit Blick auf das Jahr 2013 rechnet Schröder seinen Genossen gute Chancen aus, ohne sich zu Spekulationen in Personalfragen hinreißen zu lassen. ■

»SCHLECKER MUSS MIT SEINEN BESCHÄFTIGTEN REDEN«



Angelika Kerstan

In der Märzangabe berichtete Schlecker-Betriebsrätin Angelika Kerstan über die schwierigen Arbeitsbedingungen bei der Drogeriekette. Mittlerweile gibt es eine neue Unternehmensspitze, das Filialnetz soll neu strukturiert werden. Gegenüber dem »vorwärts« bemängelt Angelika Kerstan die Informationspolitik von Schlecker gegenüber den Beschäftigten.

vorwärts: In Interviews kündigt der neue Schlecker-Chef an, dass 800 Filialen geschlossen werden sollen. Wissen Sie, wo in Niedersachsen Schließungen erfolgen werden?

Kerstan: Wenn ich heute aus dem Laden gehe, weiß ich morgen nicht, ob ich noch einmal reingehen kann. Es gibt derzeit nur Gerüchte und keine konkreten Aussagen der Unternehmensleitung. Viele Mitarbeiterinnen machen sich große Sorgen um ihre Zukunft. Bei uns arbeiten viele Frauen mittleren Alters und auch Alleinerziehende, die Angst davor haben, keine neue Stelle zu finden.

vorwärts: Die neue Spitze will die Läden umbauen und das Angebot verbessern. Reichen diese Maßnahmen aus ihrer Sicht, um Schlecker wieder attraktiver zu machen?

Kerstan: Es ist richtig, dass etwas verändert wird. Unser Angebot ist häufig sehr ausgedünnt – und wenn ich dreimal das

gewünschte Duschgel nicht anbieten kann, bleiben die Kunden halt weg. Das tut mir schon weh, denn ich arbeite sehr gerne bei Schlecker, trotz aller Probleme. Ich bin skeptisch, dass die Umstrukturierung bis Ende 2012 gelingen kann, wie es die neue Schleckergeneration in Interviews verspricht. Bisher sind gerade einmal 60 Filialen modernisiert worden.

vorwärts: Was fordern Sie als Betriebsrätin von ihrem Arbeitgeber?

Kerstan: Lars und Meike Schlecker müssen ihre Verantwortung gegenüber den Beschäftigten ernster nehmen. Die Personalplanung muss offengelegt werden! Es kann nicht sein, dass wir uns alle Informationen über die Zukunft von Schlecker im Internet zusammensuchen müssen. Die Chefs müssen mit den Beschäftigten reden, nicht nur über sie. Eine solche Offenheit würde auch dem angeschlagenen Image von Schlecker gut tun. ■ SchumS

Impressum

Herausgeber:
SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Remmer Hein,
Christoph Matterede,
Lothar Pollähne,
Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

UNSERE DIREKTBEWERBERINNEN UND -BEWERBER

In dieser und der nächsten Ausgabe des Niedersachsen-Vorwärts stellen wir Direktbewerberinnen und Direktbewerber für den Kommunalwahlkampf 2011 vor.



BURKHARD BISANZ
Bürgermeister für die Samtgemeinde Bardowick

»Politik wird mit Menschen gemacht; wichtig ist, dass sie auch für Menschen gemacht wird. Es gibt viel zu tun, insbesondere bei den Krippen, Kindergärten, der nachschulischen Betreuung, den Busanbindungen und den Angeboten für die ältere Generation.«
www.burkhardbisanz.de



MANFRED EERTMOED
Bürgermeister für Hinte

»Es ist mir eine besondere Freude, in meiner Heimatgemeinde als Bürgermeister kandidieren zu dürfen.«
www.manfred-eertmoed.de



UTE FEHN
Bürgermeisterin für den Flecken Copenbrügge

»Ich schreibe ZUKUNFT groß: heimische Wirtschaft stärken, erneuerbare Energien ausbauen, miteinander innovative Konzepte für Jung und Alt schnell umsetzen.« www.ute-fehn.de



MATTHIAS NASS
Bürgermeister für die Samtgemeinde Scharnebeck

»Die Menschen ernst nehmen, Bürgerinteressen erkennen, politische Entscheidungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger herbeiführen.«



WERNER PREISSNER
Bürgermeister für Algermissen

»Gemeinsam mit einer starken SPD-Fraktion im Gemeinderat kann man in und für Algermissen viel erreichen.«
www.spd-algermissen.de



MICHAEL RIESEN
Bürgermeister für Bad Harzburg

»Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern möchte ich Bad Harzburg zu einer lebenswerten Stadt für Menschen aller Altersklassen weiterentwickeln. Mit Kreativität, Ideen, Durchsetzungsvermögen und Entscheidungsfreudigkeit werde ich eine moderne Stadtentwicklung einleiten und so Bad Harzburg fit für die Zukunft machen.« www.michael-riesen



JOHANN SAATHOFF
Bürgermeister für die Gemeinde Krummhörn (Ostfriesland)

»Ich setze mich ein für Arbeitsplätze und Bildungsgerechtigkeit insbesondere im ländlichen Raum.«
www.spd-krummoern.de



ANGELA SCHÜRZEBERG
Landrätin für den Landkreis Holzminden

»Den Landkreis, die Schatzkammer des Weserberglandes, will ich als attraktiven Lebens- und Arbeitsraum zukunftssichernd entwickeln.«
www.spd-ub-holzminden.de

SUCHET DER STADT BESTES

Podiumsdiskussion mit Oberkirchenrätin Cornelia Coenen-Marx – Arbeitskreis »Christen in der SPD Niedersachsen« gegründet

Von Remmer Hein



V.l.n.r.: Referatsleiterin der EKD für sozial- und gesellschaftspolitische Fragen, Cornelia Coenen-Marx, Benno Haunhorst, Sprecher des AK Christen in der SPD und Caren Marks MdB, familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: Hans-Werner Blum

»Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der SPD, sind auch zutiefst christliche Werte«, betonte die stellvertretende Landesvorsitzende Gabriele Lösekrug-Möller in ihrer Begrüßung zu einer Veranstaltung des SPD-Landesverbandes. Ziel der Veranstaltung solle es sein, einen Arbeitskreis »Christinnen und Christen im SPD-Landesverband Niedersachsen« ins Leben zu rufen. Ein großer Teil der SPD-Mitgliedschaft sei auch als Kirchenmitglieder aktiv, ein Grund mehr, einen solchen Kreis zu gründen. Unter dem Titel »Suchet der Stadt Bestes« (Jeremia 29, 7) ging es um die Frage, was Bürger- und Christengemeinde zur Entwicklung des gesellschaftlichen Miteinanders auf kommunaler Ebene beisteuern können.

Stefan Schostok, Vorsitzender der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, erklärte in einem Grußwort, der Anstoß zu mancher großen gesellschaftspolitischen Debatte sei aus den Kirchen hervorgegangen und die SPD könne von der Kirche lernen, »wie man solche Grundsatzdebatten gestaltet«.

Großen Eindruck bei den rund 80 Gästen hinterließ das Referat von Cornelia Coenen-Marx, Referatsleiterin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für sozial- und gesellschaftspolitische Fragen. Die gewachsenen sozialen Netze, in denen wir leben, seien brüchiger geworden, erklärte die Referentin. Reichtums- und Armutsquartie-

re in den Kommunen grenzten sich immer mehr voneinander ab. Die Trennung in der Gesellschaft werde sich im Rahmen des demographischen Wandels noch weiter verschärfen. »Von diesen Prozessen ist Kirche nicht unberührt«, betonte die Referentin. Die Zahl der Kirchenmitglieder sinke ebenso wie damit verbundenen Kirchensteuereinnahmen. Kirche müsse sich mit Familienzentren an Familien und Pflegebedürftige wenden. »Aber nicht nur die quantitativen, auch die qualitativen Anforderungen wachsen.« Coenen-Marx erklärte, man brauche beim Ausbau der Pflege dieselbe Bewegung wie bei Bildung und Erziehung.

In der von Benno Haunhorst, Sprecher des AK Christen in der SPD auf Bundesebene, moderierten Podiumsdiskussion strich die Bundestagsabgeordnete Caren Marks aus Wedemark (Hannover Land) heraus: »Neben meinem Bundestagsmandat bin ich nicht zufällig im Rat einer Gemeinde aktiv, sondern weil ich das sogenannte »Kleine« nicht aus dem Blick verlieren möchte.«

Über die Diakonie zurück zur Kirche

Der anschließend auf dem Podium als »Urgestein« der Politik vorgestellte Karl Ravens wollte diese Bezeichnung so gar nicht für sich gelten lassen. Lieber sei er »glühende Lava« als kalter harter Stein,

betonte der ehemalige Bundesbauminister und Vorsitzende der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion sowie langjähriges Mitglied der Synode. Und dass diese Bezeichnung weit besser auf ihn zutraf, davon konnten sich die Besucher der Veranstaltung ein überzeugendes Bild machen. Ravens erklärte, über die Diakonie sei er letztlich zur Kirche zurück gekommen, nachdem er im Dritten Reich einen uniformiert durch die Kirche stiefelnden Pastor habe erleben müssen. Aus seiner Zeit als Bundesbauminister berichtete er, dass er damals stark mit der Frage des sozialen Wohnungsbaus befasst gewesen sei. Mit zurückgehender Förderung und Einführung einer Fehlbelegungsabgabe habe man unbeabsichtigt eine Fehlentwicklung unterstützt. Nur noch ganz bestimmte Schichten seien in den so geförderten Stadtteilen angesiedelt worden mit allen Problemen, die aus einer so entmischten Bevölkerung erwachsen. Mit der Bemerkung »Sie müssen sich mal vorstellen, wir würden einen Stadtteil haben, in dem es nur allein erziehende Väter gebe«, machte er den Besuchern deutlich, welche eine Fehlentwicklung man in bester Absicht gefördert habe. Es gelte, Menschen, die abgestürzt seien, wieder in die Gesellschaft zurückzuführen. An seine Partei richtete er den Wunsch, man möge auf Parteitage häufiger Leute wie Frau Coenen-Marx zu Wort kommen lassen.

Mit einem Aufruf zur Gründung des Arbeitskreises Christen in der SPD beschloss SPD-Landesvorsitzender Olaf Lies den Abend. In Hannover gebe es eine solche Initiative bereits seit 30 Jahren. Man wolle aber für alle niedersächsischen SPD-Mitglieder eine solche Möglichkeit eröffnen. Damit solle nicht zerstört werden, »was vor Ort gut läuft«, machte Lies deutlich. Geplant sind Treffen, die viermal im Jahr stattfinden, zudem zweimal jährlich eine Veranstaltung. ■

Interessentinnen und Interessenten an der Mitarbeit im Arbeitskreis »Christen in der SPD« beim Landesverband Niedersachsen wenden sich an:
SPD-Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Telefon: 0511.1674-0
spd-niedersachsen@spd.de



Matthias Groot MdEP

MEHR ALS WIRTSCHAFT UND WACHSTUM

Kanzlerin Merkel ohne Krisenkonzept / Starkes Europa im Eigeninteresse Deutschlands

Von Matthias Groot

Deutschland ist als Weltmacht zu klein und als Wirtschaftsmacht zu groß, um auf Europa verzichten zu können. Der Kommentator der »Wirtschaftswoche« hat mehr als Recht. Nicht nur er macht sich dieser Tage Gedanken um Europa. Auslöser ist die seit langem akute Schuldenkrise mehrerer EU-Staaten, wie Irland und Portugal, allen voran jedoch Griechenland. Leider hat die Bundesregierung kein schlüssiges Konzept, mit dem sie die europäischen Partner überzeugen und mitziehen könnte.

Neben Deutschland fällt auch Frankreich als europäische Lokomotive aus. Zu allem Unglück führt Kanzlerin Merkel unser Land immer mehr in die Isolation. Dabei sind gerade wir Deutschen auf Europa angewiesen – als wichtiges Exportgebiet. Ein solide finanziertes Eur-

opa mit starker Kaufkraft liegt im hohen Eigeninteresse Deutschlands.

Zu allem Überfluss ist die Europäische Zentralbank (EZB) nicht mehr glaubwürdig und unabhängig, fällt somit als objektiver Berater aus. Es war sehr nachlässig von Kanzlerin Merkel, als sie es nicht verhinderte, dass die EZB griechische Staatsanleihen kaufte – und somit direkte Beteiligte der Krise wurde. Als Großkreditgeber ist sie ein schlechter Entscheidungshelfer.

Griechenland braucht einen erkennbaren Forderungsverzicht der Gläubiger. Eine sanfte Umschuldung allein reicht nicht aus. Nötig ist, private Gläubiger an Hilfsaktionen für Euro-Staaten wie Griechenland und am Euro-Rettungsschirm, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), zu beteiligen. Aber es muss

mehr kommen: Die Griechen werden nie wieder auf einen grünen Zweig kommen, wenn die EU weiter nur auf harte Sparmaßnahmen setzt. Das hält dort innenpolitisch auf Dauer keine Regierung durch. Hilfreich wäre ein Europäisches Wachstumsprogramm, das sich aus Umschichtungen bestehender EU-Fonds und einem Verzicht auf griechische Ko-Finanzierungen bei Infrastruktur-Ausgaben speist.

Auch wenn es zurzeit wenig opportun erscheint und die Ökonomie Vorrang hat: Europa bedeutet mehr als Wirtschaft und Wachstum. Europa steht für Wohlstand und Frieden, Demokratie und Meinungsfreiheit. Europa ist nicht das Problem, sondern die Lösung. Denn Deutschland ist als »Global Player« zu klein und als Exportnation zu groß, um auf Europa verzichten zu können. ■

GROOTE FÜR EU-EIGENMITTEL

Finanzsystem ist kompliziert und unflexibel / Kritik am Landtagspräsidenten

Landtagspräsident Hermann Dinkla, CDU, denkt kleinkariert und widersprüchlich. Gemeinsam mit den Landtagspräsidenten aus Deutschland, Österreich und Südtirol will er die Vergabe von Fördermitteln der EU stärker beeinflussen – und dafür die Bürokratie in Niedersachsen durch zusätzliche Referenten aufblähen. Besser wäre, er würde seine CDU-Freunde in Brüssel unterstützen, wenn es um den künftigen Finanzrahmen der EU in den Jahren 2014 bis 2020 geht.

Einige Mitgliedsstaaten wollen den langfristigen EU-Haushalt einfrieren. Matthias Groot, EU-Abgeordneter aus Ostfriesland: »Das bedeutet Abstriche, die auch Niedersachsen spüren würde.« Um die gemeinsam vereinbarten EU-Ziele zu erreichen, muss der EU-Haushalt um fünf Prozent gegenüber dem Stand 2013 erhöht werden. Das meint die große Mehrheit des EU-Parlaments.

Wichtig für Niedersachsen: Die Ausgaben für Regional- und Agrarpolitik sollen auf heutigem Niveau bleiben, fordern die Abgeordneten. Sie verlangen außerdem höhere Investitionen in die Energie-Infrastruktur.

Der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) ab 2014 muss die vereinbarten politischen Ziele widerspiegeln. »Wir brauchen eine Erhöhung, weil Europa wettbewerbsfähig bleiben muss und wir dafür einen realistischen Haushalt brauchen«, sagt Matthias Groot. Eine Erhöhung um fünf Prozent über dem Niveau von 2013 heißt: Der EU-Haushalt nimmt 1,11 Prozent des gesamten Bruttonationaleinkommens der EU in Anspruch, gegenüber 1,06 Prozent im Jahr 2013.

Wie die meisten Abgeordneten ist Groot mit dem gegenwärtigen Finanzierungssystem unzufrieden, das fast ausschließlich auf nationalen Beiträgen beruht und sehr kompliziert ist. Laut EU-



Matthias Groot übergibt dem Präsidenten der EU-Kommission, Jose Manuel Barroso, mehr als 3000 Stimmen gegen Armut. Die junge Gruppe »Peer Leader« aus Groots Heimatort Ostrhauderfehn haben die Stimmen gesammelt. Foto: European Union

BANKEN-CHEFS UND EINLAGENSICHERUNG



Zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Europäische Einlagensicherung hatte MdEP Matthias Groot nach Leer eingeladen. Mehr als 60 Bank- und Sparkassen-Chefs aus Weser-Ems kamen. Das Foto zeigt von links Heinz Feldmann (Sparkasse Leer-Wittmund), Torsten Bauer (Nds. Sparkassenverband), Georg Litmathe (Genossenschaftsverband Weser-Ems), die Europaabgeordneten Peter Simon und Matthias Groot, sowie Carsten Rinne (Sparkasse Leer-Wittmund).

Vertrag soll der Haushalt aus Eigenmitteln finanziert werden. Groot: »Das wäre fairer, transparenter, einfacher und gerechter.« Eine solche Reform würde weder den Haushalt ausdehnen noch die Bürger mit mehr Steuern belasten. ■



www.groot.eu/aktuell/neues-aus-strassburg/

Offener Landesparteitag in Wolfsburg

BESCHLÜSSE ZU KOMMUNALPOLITIK UND GORLEBEN



Auf dem ersten Offenen Landesparteitag der niedersächsischen SPD stand die Kommunalpolitik im Mittelpunkt der Antragsberatungen. So erörterten, veränderten und beschlossen die Delegierten den kommunalpolitischen Leitantrag des Landesvorstandes. Dieser sieht unter anderem höhere Einnahmen der Kommunen durch die Einbeziehung der Freien Berufe in die Gewerbesteuer vor, fordert das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen

und Bürger und spricht sich für bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte aus.

Klar positionierte sich der Landesparteitag auch in Sachen Gorleben, erteilten die Delegierten auf Initiative der Genossinnen und Genossen aus dem SPD-Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg den Plänen der CDU eine unmissverständliche Absage, den Salzstock als Endlager für hochradioaktiven Atommüll in Erwägung zu ziehen. Eine ergebnisoffene Endlager-suche solle deutschlandweit stattfinden – ohne den ungeeigneten Standort im Wendland hierbei zu berücksichtigen. In Wolfsburg praktizierte der Landesverband die Öffnung der SPD für Nichtmitglieder: Alle Interessierten konnten an Reden und Antragsberatungen teilnehmen und sich im Foyer an »Gesprächinseln« über die Ziele der SPD bei der Kommunalwahl informieren – Kritik anzubringen war ausdrücklich gewünscht. Erstmals hatten außerdem die VertreterInnen der im Jahr



2010 etablierten Foren die Gelegenheit, ihre politischen Vorstellungen in Form von Anträgen einzubringen und mittels Redebeitrag um Zustimmung zu werben. Davon machten die Foren »Partizipation und Demokratie im Internet« sowie »Nachhaltigkeit und Neue Energie« Gebrauch – und sie erreichten breite Mehrheiten für ihre Anträge »Aufbruch ins digitale Zeitalter« und »CCS und CCR behindern nachhaltigen Fortschritt«. ■ SchumS

Volles Haus im CongressPark Wolfsburg.

Kleines Foto v.l.n.r.: Stefan Schostok, Stephan Weil, Olaf Scholz und Olaf Lies beim Landesparteitag.
Fotos (2): Christoph Matterne

VORWÄRTS
RÄTSEL

Es hätte die Wiederbelebung der Beatles sein können, zu der George Harrison im Sommer 1971 einlud, aber Paul McCartney lehnte spontan ab und John Lennon, obwohl mittlerweile nur einen Steinwurf von Veranstaltungsort entfernt lebend, nahm seine Zusage zurück, als er erfahren musste, dass Yoko Ono als Gast unerwünscht war. Lediglich Ringo Starr hatte Zeit für einen bis dato nicht gesehenen Tag des Rock. An Stelle der verschnupften Ex-Beatles kamen andere Götter aus dem Rock-Olymp. Als George Harrison, Ringo, Eric Clapton, Bob Dylan und viele andere Granden am 1. August 1971 die Bühne des Madison Square Garden in New York rockten, hatte wohl niemand die Idee, dass sie Rock-Geschichte schreiben würden. Das gemeinsame Konzert war zum einen der Abgang auf die Sixties und zum andern der Auftakt für eine mittlerweile unüberschaubare Anzahl von Benefizkonzerten. Der Anlass für das Konzert war ein Drama auf dem indischen Subkontinent. Kurz nachdem sich der Osten Pakistans für unabhängig erklärt hatte, was zum Krieg führte, setzte ein Wirbelsturm große Teile des Landes unter Wasser. Zigtausende starben und in der Folge kam es zu einer Hungerkatastrophe von bis dahin ungeahntem Ausmaß. Bis heute erbringt die Verwertung des Konzertes auf CD und DVD Geld für notleidende Menschen in dem Land ein, nach dem das Konzert seinen Namen erhielt. Welchen? Zu gewinnen gibt es eine DVD dieses Konzerts. ■ *lopo*
Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im Juni war der Paperback Writer gesucht. Gewonnen hat Christian Meyer aus Stadthagen

KEIN VERSICHERTER MUSS SICH SORGEN MACHEN

Vorwärts-Interview mit Dr. Jürgen Peter, Vorstandsvorsitzender der AOK Niedersachsen



Vorwärts: Herr Dr. Peter, Konkurrenz belebt das Geschäft – auch zwischen den Krankenkassen. Erleben wir mit den drohenden Krankenkassenpleiten eine Marktberreinigung, wie sie von der Bundesregierung angestrebt wurde?

Dr. Peter: Wir erleben momentan eine Marktberreinigung, das ist richtig. Politisches Ziel war und ist es, dass sich die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen auf 50 bis 100 reduziert. Allerdings sollte dieses Ziel nicht durch Pleiten, sondern durch Fusionen erreicht werden. Nur mit geplanten Fusionen können sich Einheiten bilden, die die nötige wirtschaftliche Stabilität erlangen. Denn Schwankungen bei den Einnahmen und Ausgaben können kleine Kassen kaum mehr auffangen. Kassen, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, müssen Zusatzbeiträge erheben. Dies löst eine hohe Wechselbereitschaft bei ihren Mitgliedern aus. Dadurch entsteht schnell eine Abwärtsspirale, denn es sind vor allem die gesunden Mitglieder, die wechseln. Findet eine Krankenkasse dann keinen Fusionspartner, droht die Schließung oder Insolvenz. Die Zahl der Krankenkassen wird zwangsläufig weiter sinken, hier erwartet uns noch eine größere Dynamik.

Vorwärts: Der Bundesgesundheitsminister hat weitere Pleiten wie bei der BKK ausgeschlossen. Dennoch machen Meldungen die Runde, dass viele Krankenkassen am Abgrund stehen. Wie ist die Lage in Niedersachsen, werden Krankenkassen schließen müssen?

Dr. Peter: Nach Aussagen des Bundesversicherungsamtes, des BVA, sind 20 Krankenkassen angeschlagen und können nicht mehr die gesetzlichen Mindestrücklagen aufweisen. In Niedersachsen sind fast alle Krankenkassen bundesunmittelbar organisiert, ihre Probleme treten gegebenen-

falls bundesweit auf, nicht nur in unserem Bundesland. Die AOK Niedersachsen ist die größte landesunmittelbare Krankenkasse. Jeder dritte Niedersachse ist bei uns versichert. Wir sind finanzwirtschaftlich stabil aufgestellt und können zum jetzigen Zeitpunkt einen Zusatzbeitrag für unsere Versicherten auch für das kommende Jahr ausschließen.

Vorwärts: Viele Menschen machen sich Sorgen, was aus ihnen wird, wenn auch ihre Krankenkasse Konkurs anmeldet. Haben vor allem alte und gebrechliche Menschen überhaupt Aussicht, zu vergleichbaren Konditionen eine neue Versicherung zu finden?

Dr. Peter: Kein Versicherter muss sich Sorgen machen, denn alle gesetzlichen Krankenkassen haben die Pflicht, jedes Mitglied aufzunehmen. Ich hoffe, dass die Politik aus der aktuellen Pleite einer Krankenkasse gelernt hat und dass sich auch die Krankenkassen in Zukunft fair verhalten. Es wurden auch neue Regeln ausgearbeitet, nach denen zukünftig solche Situationen besser gemeistert werden können.

Vorwärts: Wie sieht es bei der AOK in Niedersachsen aus?

Dr. Peter: Wie eben erwähnt schließen wir derzeit einen Zusatzbeitrag auch für 2012 aus. Durch die Fusion mit der IKK Niedersachsen sind wir weiter gewachsen, wir versichern aktuell 2,45 Millionen Menschen in Niedersachsen. Wir sind im bundesweiten Vergleich die neuntgrößte gesetzliche Krankenkasse. Auch die 6750 Mitarbeiter des Unternehmens profitieren davon, dass wir uns zukunftsicher aufgestellt haben. Wir gestalten die Gesundheitsversorgung hier in Niedersachsen und nehmen unsere gesellschaftliche Verantwortung sehr ernst. Es gilt, die Versorgung qualitativ hochwertig, bezahlbar

und gerecht zu gestalten.

Vorwärts: Finanznöte auf der einen und Milliardenüberschüsse des Gesundheitsfonds und Forderungen nach Beitragssenkungen auf der anderen Seite – wie passt das zusammen?

Dr. Peter: Fakt ist, dass uns durch die steigenden Kosten im Gesundheitswesen schon im kommenden Jahr eine neue Lücke im Gesundheitsfonds erwartet. Der aktuelle Überschuss von 1,5 Milliarden Euro wird die neue zu erwartende Lücke bei Weitem nicht schließen. Die Forderung nach einer Beitragssatzsenkung für die Krankenkassen ist absurd. Und Kassen, die heute bereits ihre Rücklagen angreifen müssen, werden in der nächsten Zeit kaum um Zusatzbeiträge herkommen.

Vorwärts: Wäre es nicht sinnvoll, eine Krankenkasse für alle Beitragszahler zu schaffen? Paritätisch finanziert und die Beiträge nach individueller Leistungsfähigkeit gestaffelt. Das wäre transparent und gerecht.

Dr. Peter: Grundsätzlich gilt es in meinen Augen, das derzeitige System rund um die Wahlfreiheit als wichtige Errungenschaft unserer Gesellschaft zu erhalten. Aber wir brauchen einen Wettbewerb um gute Versorgung – und nicht um den Preis beziehungsweise um Zusatzbeiträge. Hierfür muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen. Eine Einheitskasse – ein Monopol – würde neue und ganz andere Effizienzprobleme aufwerfen. Auch die regionale Gesundheitsversorgung in Niedersachsen würde darunter leiden.

Vorwärts: Als Laie hat man den Eindruck, das Gesundheitssystem beschäftigt sich mehr mit den eigenen Strukturen als mit der Gesundheit der Menschen. Ein berechtigter Vorwurf?

Dr. Peter: Der Vorwurf ist nachvollziehbar. Durch den hohen Kostendruck wird derzeit viel diskutiert, Strukturen werden hinterfragt. Dieser Prozess ist ganz normal und vor allem auch nötig. Allerdings spielt in meinen Augen die Gesundheit der Menschen in der momentanen Diskussion eine zu geringe Rolle. Die drei zentralen Fragen sind für mich: Wie können wir angesichts der demographischen Entwicklung unseren hohen qualitativen Standard halten bzw. weiterentwickeln? Wie können wir es schaffen, dass möglichst alle am medizinisch-technischen Fortschritt und an Innovationen teilhaben können? Und die Gretchenfrage lautet, wie wir dies alles langfristig und möglichst gerecht finanzieren können. An diesen Zukunftsfragen müssen wir gemeinsam arbeiten. ■ *Schums*